



Die Menschheit verändert das Klima und damit ihre Lebensgrundlage. Daran lassen die Berichte des Weltklimarates IPCC keinen Zweifel mehr. In seinen Berichten legt der Weltklimarat Vorschläge zur Verhinderung von Katastrophen durch die von Menschen verursachte Erderwärmung vor. Der Energiehunger der Weltwirtschaft und damit die Emissionen an Treibhausgasen steigen weiter an. Ohne deutliche Verminderungen der Treibhausgas-Emissionen könnte die globale Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 um bis zu sieben Grad Celsius ansteigen, mit unabsehbaren Folgen für das Leben auf unserem Planeten.

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts haben Naturkatastrophen auf der Nordhalbkugel um 2 bis 4 Prozent zugenommen. Seit Ende der 60er Jahre hat die Schneedecke auf unserem Planeten um 10 Prozent abgenommen. Die sommerliche Eisdicke in der Arktis hat seit den 50er Jahren um 40 Prozent abgenommen. Der Meeresspiegel stieg seit 1994 mehr als fünf Zentimeter. Die wichtigsten Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂) und Methan haben im vergangenen Jahr Rekordwerte erreicht. Das geht aus Daten der World Meteorological Organization (WMO) hervor.

Das Szenario eines Klimawandels ist ebenso bedrohlich wie real. Die Vereinten Nationen rufen die Menschheit zum sofortigen Umsteuern auf. Das Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Klimaprotokoll sollte auf dem Klimagipfel in Kopenhagen Ende 2009 vereinbart werden. Vergeblich: Der Gipfel konnte sich nicht auf ein neues Abkommen einigen. Im Dezember 2011 trafen sich die Vertreter der Staaten im südafrikanischen Durban, um einen neuen Anlauf zu nehmen. In der Schlussphase der Klimakonferenz konnte sich die Staatengemeinschaft doch noch auf einen Kompromiss einigen. Durban hat den Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten geebnet. Die jetzigen Beschlüsse des Klimagipfels sind ein Schritt in die richtige Richtung. Der Weg bis zu einem echten Klimaschutzabkommen ist aber noch weit.



Foto:
CDU/CSU-Fraktion

"Wir sollten uns einmal vor Augen führen, vor welcher Herausforderung wir beim Klimaschutz stehen, wenn wir die internationalen und wissenschaftlichen Berichte, die wir hören, wirklich ernst nehmen. Wenn wir weitermachen wie bisher, dann werden die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 weltweit um 55 Prozent gestiegen sein. Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass das erhebliche Folgen hat. Ich frage: Wollen wir die Augen davor verschließen, dass wir in den letzten zwölf Jahren elf der wärmsten Jahre seit der Wetteraufzeichnung hatten? Wollen wir einfach hinnehmen, dass der Meeresspiegel steigen wird und Städte wie Amsterdam, Venedig, Kairo und Bombay damit in Gefahr geraten? Wollen wir hinnehmen, dass wir völlig unbekannte Wetterphänomene haben, und zwar, wie für Mitte dieses Jahrhunderts vorausgesagt wird, Tropennächte in der Harzregion? Ich glaube, wir können dem nicht tatenlos zusehen, zumal wir aus dem Stern-Report wissen, welche wirtschaftlichen Kosten sich aus dem Nichthandeln ergeben. Deshalb ist es Zeit, zu handeln, und deshalb muss gehandelt werden.

Es gibt ambitionierte Klimaschutzziele. Ich bekenne mich zu dem Vorschlag ich freue mich, dass auch der Umwelt- und der Energierat das gemacht haben, die Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union bis zum Jahre 2020 um 20 Prozent zu senken. Wenn noch andere internationale Player dabei sind, werden wir auch eine 30-Prozent-Senkung ins Auge fassen.

Ich möchte hier aber nicht verschweigen, dass das ein wirklich ehrgeiziges Ziel ist. Ich will Folgendes vor Augen führen: Das Kiotoprotokoll verlangt von der Europäischen Union, dass die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2012, also in 22 Jahren, um 8 Prozent gesenkt werden. Das, wozu wir uns jetzt verpflichten, bedeutet, dass wir zwischen 2012 und 2020, also in acht Jahren, noch einmal um 12 Prozent senken. Wir haben heute, zu Beginn des Jahres 2007, in der Europäischen Union von der vereinbarten 8-Prozent-Senkung 1,2 Prozent erreicht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Rahmen des Kyotoprotokolls verpflichtet obwohl wir nur 20 Prozent der Einwohner und ein Viertel der Emissionen in der Europäischen Union haben, 75 Prozent der Reduktionsverpflichtung zu übernehmen, weil wir natürlich durch die deutsche Einheit einen gewissen Startvorteil hatten. Das wird in der nächsten Periode so nicht mehr gehen.

Ich sage ganz klar: Wir werden in der Phase bis 2020 den Beweis erbringen müssen wir wollen das auch, dass Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt und Strategien entwickelt werden können, die sowohl Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze als auch einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt ermöglichen. Das ist die große Aufgabe, vor der wir stehen."

(Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 1. März 2007 im Bundestag)

[Nach oben](#)